Der Preis politischer Realitätsverweigerung

Beitrag von „Albert Motorsport“ vom 1. November 2026, 11:14



Liebe Freunde,

Von Kindesbeinen an habe ich mich damit beschäftigt, aus Abhängigkeiten, Armut und Verzicht herauszukommen. Ich wollte mein Leben selbstbestimmt gestalten und mir eine unabhängige Zukunft aufbauen. Das ist mir gelungen. Heute gehört es für mich selbstverständlich dazu, auch für meine Kinder und Mitarbeiter Verantwortung zu übernehmen und ihnen Sicherheit sowie Perspektiven zu ermöglichen.

Jahrzehntelange Verantwortung schärft den Blick für gesellschaftliche Entwicklungen. Man lernt, Zusammenhänge zu erkennen und zwischen gut gemeinten Absichten und tragfähigen Lösungen zu unterscheiden. Diese Erfahrung hat auch meine politische Haltung geprägt.

Als Angela Merkel 2015 die Grenzen in einer Weise öffnen ließ, die eine massenhafte und weitgehend unkontrollierte Zuwanderung zur Folge hatte, war ich überzeugt, dass dies erhebliche Probleme verursachen würde. Meine Kritik richtete sich nie gegen Menschen, die Hilfe benötigen, sondern gegen eine Politik, die humanitäre Verantwortung mit einer nachhaltigen Lösung verwechselte.

Ich habe mich stets für eine Hilfe zur Selbsthilfe eingesetzt, und zwar möglichst dort, wo Menschen ihre Heimat haben und ihre Zukunft aufbauen können. Investitionen in Bildung, Infrastruktur und wirtschaftliche Entwicklung schaffen vor Ort Perspektiven und erreichen mehr Menschen, als eine Politik, die Fluchtbewegungen lediglich verwaltet.

Für diese Haltung musste ich erhebliche Kritik einstecken. Wer damals auf die Belastbarkeit unserer Infrastruktur, Integrationsprobleme und die langfristigen Folgen hinwies, wurde schnell politisch eingeordnet. Heute sind viele dieser Probleme Realität. Das ist kein Urteil über die Menschen, die zu uns gekommen sind, sondern über politische Entscheidungen und deren Folgen.

Doch die Entwicklung beschränkt sich längst nicht mehr auf gesellschaftliche Herausforderungen. Auch das wirtschaftliche Fundament unseres Landes gerät zunehmend unter Druck. Volkswagen plant den Abbau von 35.000 Stellen in Deutschland bis 2030. Bei Mercedes-Benz haben bereits rund 5.500 Beschäftigte das Abfindungsprogramm genutzt. Auch bei Audi sind Stellenreduzierungen Teil der Konzernstrategie.

Gleichzeitig plant Audi, rund vier Milliarden US-Dollar in einen neuen Produktionsstandort im US-Bundesstaat Georgia zu investieren und dort etwa 4.500 Arbeitsplätze zu schaffen. Das Vorhaben zeigt, wo das Unternehmen zusätzliche Wachstumsmöglichkeiten und Wettbewerbsvorteile erschließen möchte. Es wäre allerdings zu einfach, diese Investition als direkte Verlagerung deutscher Arbeitsplätze darzustellen. Entscheidend ist vielmehr die grundsätzliche Frage, warum neue industrielle Perspektiven zunehmend auch außerhalb unseres Landes entstehen.

Es geht längst nicht mehr nur um einzelne Stellen oder Unternehmensentscheidungen. Es geht um industrielle Wertschöpfung, Know-how, Zulieferbetriebe, Kaufkraft und den Wohlstand ganzer Regionen. Hohe Energie- und Produktionskosten, Bürokratie, steuerliche Belastungen und internationale Wettbewerbsbedingungen gehören zu den Faktoren, die den Wirtschaftsstandort Deutschland unter Druck setzen. Wenn industrielle Strukturen erst einmal verloren sind, lassen sie sich nicht einfach wiederherstellen.

Was mir bis heute fehlt, ist die Bereitschaft, Fehlentwicklungen offen einzugestehen und daraus Konsequenzen zu ziehen. In einem Unternehmen wäre es undenkbar, Warnsignale dauerhaft zu ignorieren und Entscheidungen nicht an ihren Ergebnissen zu messen. Für die Politik darf kein anderer Maßstab gelten.

Eine Gesellschaft braucht Solidarität, Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und verlässliche Regeln. Sie muss Menschen Chancen eröffnen, ohne die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen zu gefährden, auf denen unser Wohlstand beruht.

Was mich zunehmend beunruhigt, ist die Vorstellung, dass offenbar erst alles an die Wand gefahren werden muss, bevor die notwendige Erkenntnis einsetzt. Muss tatsächlich erst so viel industrielle Substanz verloren, so viel Vertrauen verspielt und so viel wirtschaftliche Perspektive zerstört sein, bis man bereit ist, die Richtung grundlegend zu ändern?

Es kann doch nicht der Anspruch verantwortungsvoller Politik sein, sehenden Auges auf einen Scherbenhaufen zuzusteuern, um anschließend mit gewaltigem Aufwand das wieder aufbauen zu müssen, was Generationen zuvor geschaffen haben.

Eine grundlegende Umkehr ist deshalb jetzt erforderlich, solange noch genügend Substanz vorhanden ist, um das Ruder herumzureißen. Wir müssen wieder lernen, das zu bewahren und weiterzuentwickeln, was unseren Wohlstand ausmacht: wirtschaftliche Stärke, industrielle Kompetenz, gesellschaftlichen Zusammenhalt und persönliche Eigenständigkeit.

Denn es ist kein Zeichen von Fortschritt, wenn man erst alles aufs Spiel setzt, um anschließend mühsam feststellen zu müssen, welchen Wert das Verlorene hatte.

Verantwortung bedeutet, rechtzeitig zu erkennen, wohin ein Weg führt,
und den Mut zu haben, die Richtung zu ändern, bevor es zu spät ist.